

Überblick

3/2007

Schwerpunkt: Modellprojekte zum Umgang mit jugendlichem Rechtsextremismus

- ▶ Ein neues Projekt des IDA-NRW:
Beratung von Eltern und Bezugspersonen rechtsextremer Jugendlicher in NRW

- ▶ Demokratie live
Eine Initiative der Jugendgerichtshilfe und des Jugendschutzes Herne für Toleranz und politische Meinungsbildung

IDA_{NRW}

Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums
für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen
13. Jg., Nr. 3, September 2007
ISSN 1611-9703

Inhalt	
Schwerpunkt:	
Modellprojekte zum Umgang mit jungem Rechtsextremismus	3
- Ein neues Projekt des IDA-NRW: Beratung von Eltern und Bezugspersonen rechtsextremer Jugendlicher in NRW Birgit Rheims	3
- Demokratie live Eine Initiative der Jugendgerichtshilfe und des Jugendschutzes Herne für Toleranz und politische Meinungsbildung Holger Höhner-Mertmann & Willi Karasch	4
Der Kommentar	
- Die Forderung nach Zivilcourage als Antwort auf rassistische Gewalt: Sinnvolle Strategie oder politisches Ablenkungsmanöver? Anne Broden	8
Nachrichten	11
Termine	13
Literatur und Materialien	14

Impressum

Der „Überblick“ erscheint vierteljährlich, ist kostenlos und wird herausgegeben vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW), Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55-5, Fax: 02 11 / 15 92 55-69, Info@IDA-NRW.de, www.IDA-NRW.de

Redaktion: Anne Broden

Der „Überblick“ und IDA-NRW werden gefördert vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW. IDA-NRW ist angegliedert an das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit e. V.

Einsendeschluss von Nachrichten und Veranstaltungshinweisen für Nummer 4/2007: 15.11.2007.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

angesichts der rassistischen Übergriffe in den vergangenen Wochen gerieten die Themen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus für kurze Zeit in den Blick von Medien und Politik. Für IDA-NRW ist dieses Phänomen, die temporäre Konjunktur des Themas, nichts Neues. In Politik und Medien wird dann über jugendlichen Rechtsextremismus, vorzugsweise in Ostdeutschland, geredet und berichtet, die vermeintlich steigende Zahl von Anschlägen (beispielsweise auf jüdische Einrichtungen) und Übergriffen (gegen die vermeintlich „Fremden“) wird problematisiert. Ist der Hype vorbei, gehen Politik und Medien wieder zur Tagesordnung über (Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel).

Zivilgesellschaftliche Akteure hingegen, so unsere Wahrnehmung, befassen sich seit Jahren kontinuierlich mit diesem Themenspektrum. Auch wenn Rechtsextremismus und rassistische Gewalt von den Titelseiten der Medien wieder verschwunden sind, werden wir von Jugendverbänden, Jugendhilfe, Schulen, dem sozialen Umfeld rechtsextremer Jugendlicher um Beratung und Unterstützung angefragt: Ein Jugendverband sucht eine/n Autor/in zum Thema Rekrutierung Jugendlicher in die rechtsextreme Szene; eine Lehrerin sucht Beratung für den Umgang mit einem rechtsorientierten Schüler und ein Jugendzentrum formuliert Beratungsbedarf bei der Umsetzung ihrer Kampagne „Jugendhaus ohne Rassismus“. Diese Liste könnte lange fortgeführt werden und sie macht deutlich, dass es ein Bewusstsein in dieser Gesellschaft gibt, Rassismus und Rechtsextremismus als Daueraufgabe zu begreifen, unabhängig von der Tagesaktualität. Diese Diagnose lässt mich – trotz aller Widrigkeiten, mit denen wir im Themenfeld zu tun haben – optimistisch bleiben.

In dieser Ausgabe des *Überblick* stellen wir zwei Projekte zum Umgang mit jungem Rechtsextremismus vor. Das neue Projekt des IDA-NRW fokussiert die Beratung und Vernetzung des sozialen Umfeldes (Eltern und andere Bezugspersonen) der rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Das Projekt der Jugendgerichtshilfe Herne richtet sich an straffällig gewordene rechtsextreme Jugendliche und zeigt Möglichkeiten von thematischer Konfrontation, pädagogischen Grenzsetzungen und Anerkennung des Individuums auf. Außerdem liegt dieser Publikation die Einladung zum 6. Fachforum Rechtsextremismus bei, das IDA-NRW, AJS und LJR im Dezember in Dortmund durchführen. Die diesjährige Tagung befasst sich mit rechtsextremer Gewalt in Schule und Jugendarbeit.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre,
Anne Broden

Schwerpunkt: Modellprojekte zum Umgang mit jugendlichem Rechtsextremismus

Die rassistisch und antisemitisch motivierte Gewalt hat in den vergangenen Wochen wieder ein besonderes Ausmaß angenommen und ging mit einem entsprechenden Diskurs über adäquate Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus einher. Die Programme des Bundesjugendministeriums zur Bekämpfung dieser Phänomene wurden problematisiert und die Diskussion um mehr Zivilcourage wurde - wieder einmal - laut.

In dieser Ausgabe des Überblick stellen wir zwei Modellprojekte zum Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen vor. Das neue Projekt des IDA-NRW fokussiert dabei das soziale Umfeld der Jugendlichen. Beraterinnen und Berater aus Jugendhilfe, Jugend- und Familienberatungsstellen, Schulen und Elterninitiativen sollen im Rahmen des Projekts vernetzt und qualifiziert werden, um hilfeschuchende Eltern und andere Bezugspersonen von rechtsextrem orientierten Jugendlichen adäquat (pädagogisch) begleiten zu können.

Im zweiten Beitrag wird ein Projekt zum Umgang mit straffällig gewordenen rechts orientierten Jugendlichen vorgestellt, dessen Erfolg sich allein schon an der geringen Rückfallquote messen lässt.

Ein neues Projekt des IDA-NRW: Beratung von Eltern und Bezugspersonen rechtsextremer Jugendlicher in NRW

Birgit Rheims

Gesellschaftliche Realität

Im Kampf gegen Rechtsextremismus waren hilfeschuchende Eltern und andere Bezugspersonen rechtsextrem orientierter Kinder und Jugendlicher lange Zeit überhaupt nicht als Zielgruppe pädagogischer/beraterischer Tätigkeit im Blick. Das in der Öffentlichkeit vorherrschende Bild zeigte vor allem Eltern, die ähnlich denken wie ihre Kinder oder deren Erziehungsstile für die menschenverachtende politische Einstellung der Jugendlichen mitverantwortlich gemacht wurden. Dass es auch viele Eltern und andere Bezugspersonen gibt, die angesichts rechtsextremer Orientierungen ihrer Kinder verunsichert, enttäuscht und entsetzt sind und die dringend Hilfe benötigen, wurde erst im Rahmen der ab 2000 in verschiedenen Bundesländern initiierten Aussteigerprogramme deutlich: Bei den diversen Hotlines und Ansprechstellen meldeten sich weniger rechtsextreme Jugendliche oder Führungskader, die um Unterstützung für ihren Ausstieg nachfragten, als vielmehr ratsuchende

Eltern, Angehörige und Bezugspersonen von rechtsextrem orientierten Kindern und Jugendlichen.

Bisherige Erfahrungen

Auch bei dem von IDA-NRW und der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz/Landesstelle NRW (AJS) in den Jahren 2001 bis 2003 durchgeführten Qualifizierungsangeboten für Beraterinnen und Berater ausstiegswilliger Jugendlicher im Rahmen des Aussteigerprojektes der Landesregierung NRW zeigte sich, dass über dieses Programm nicht rechtsextreme Szeneangehörige, sondern besorgte Eltern, Angehörige und Bezugspersonen Beratungsbedarf formulierten. Diesen Ratsuchenden konnte in vielen Fällen aber kein adäquates Angebot gemacht werden. Personen, die mit IDA-NRW als der im Land NRW zentralen Einrichtung zum Themenspektrum Rechtsextremismus Kontakt aufnehmen und in erster Linie Informationsbedarf zum Thema Rechtsextremismus und rechtsextreme Jugendkulturen artikulieren, erhalten über die Serviceleistungen und Publikationen des IDA-NRW (Zeitschrift „Überblick“, Publikationen und Website zum Thema Rechtsextremismus) zwar vielfältige Unterstützung. In den allermeisten Fällen suchen Angehörige und Bezugspersonen aber eine Beratung in der Hoffnung, dass „ihr Kind“ aus der rechtsextremen Szene herauskommt. Eine solche Weitervermittlung an Beraterinnen und Berater aus Jugendhilfe, Schule und Elterninitiativen, die Beratung, Hilfestellungen und unterstützende Strukturen anbieten können, ist aufgrund des Fehlens eines entsprechenden Netzwerkes aber derzeit nicht möglich. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Jugend(sozial)arbeit, Lehrerinnen und Lehrer verfügen zwar über Beratungs- und Gesprächsführungskompetenzen, es fehlen ihnen aber häufig die erforderlichen Kenntnisse und Kompetenzen im Bereich Rechtsextremismus. In besonderer Weise aber mangelt es an Austausch- und Vernetzungsstrukturen in der Elternarbeit, die schließlich Eltern ermächtigen, sich in der Auseinandersetzung mit ihren rechtsextrem orientierten Kindern auf eigene Hilfsstrukturen zu stützen.

Xenos-Projekt des IDA-NRW

An diesem Punkt setzt das Projekt „Beratung von Familienangehörigen und Bezugspersonen rechtsextremer Jugendlicher in NRW“ an, das durch das Bundesprogramm Xenos und die Landesregierung NRW ab September 2007 für 13 Monate gefördert wird.

Ziel des Projektes ist es, in Nordrhein-Westfalen ein Netzwerk von Expertinnen und Experten aus Jugendhilfe, Schule und Elterninitiativen zur qualifizierten Beratung und Unterstützung von Angehörigen und Bezugspersonen rechtsextrem orientierter Jugendlicher aufzubauen. Um dies zu realisie-

ren, verfolgt das Projekt folgende Inhalte und Ziele:

- Ansprache und Gewinnung potenzieller Beraterinnen und Berater aus Jugend(sozial)arbeit, Schule, Elterninitiativen etc. vor Ort
- Dezentrale und landesweite Vernetzungstreffen
- Beratung und Coaching als zivilgesellschaftliche Aufgabe
- Vermittlung von Netzwerk-, Beratungs- und Coachingansätzen
- Vermittlung von Hintergrundwissen über Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, speziell in NRW (Ideologie und Strategien, Organisationen und szenetypische Zusammenschlüsse, Rechtsextremismus im ländlichen Raum etc.)
- Informationen über Jugend und Rechtsextremismus (rechtsextreme Jugendkultur, Wege in die rechtsextreme Szene, Einstellungen und Motive gewaltbereiter Jugendlicher etc.)
- Auseinandersetzung mit der Bedeutung familiärer Sozialisation für die Herausbildung rechtsextremer Orientierungen bei Jugendlichen (autoritäre Familienstrukturen, Klima fehlender Anerkennung etc.)
- Anforderungen an die spezifische Beratungssituation (Problemlagen im Kontext rechtsextremer Ideologien erkennen, Differenzierungen und Einordnung von Problemschilderungen etc.) werden thematisiert
- Informationen zu den verschiedenen Wegen aus der rechtsextremen Szene (Entwicklung von Lösungsstrategien, Vielfalt der Ausstiegsprozesse, Aussteigerhilfen, Elterninitiativen etc.) werden gegeben

Der für das Projekt gewählte Ansatz knüpft mit der regionalen Vernetzung von Fachkräften aus Jugendämtern und Beratungsstellen sowie anderen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren an Erfahrungen aus dem früheren Aussteigerprojekt der Landesregierung NRW an. Damit sollen die vor Ort vorhandenen fachlichen Ressourcen von lokal verankerten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Jugend(sozial)arbeit, Lehrerinnen und Lehrern sowie engagierten Eltern genutzt und für das spezifische Problemfeld „Jugendliche, Eltern und Rechtsextremismus“ qualifiziert und vernetzt werden. Angestrebt wird ein flächendeckendes Netzwerk, das ratsuchenden Eltern, Angehörigen und Bezugspersonen rechtsextrem orientierter Kinder und Jugendlicher eine qualifizierte Beratung ermöglicht.

Neben dem Aufbau des Netzwerkes werden im Rahmen des Projektes Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt und Begleitmaterialien erstellt. Abschließend wird das Netzwerk über einen Flyer und die Öffentlichkeitsarbeit des IDA-NRW be-

worben, sodass ratsuchende Eltern, Angehörige und Bezugspersonen in NRW schnell eine fachlich qualifizierte Beratung finden können. Die Arbeit mit Eltern – so die Grundidee des Projektes – ist ein wichtiger Beitrag in der Auseinandersetzung mit Jugendlichen, die rechtsextreme Einstellungen entwickeln oder sich in der (informellen oder organisierten) rechtsextremen (Jugend-)Szene bewegen. Sie ergänzt andere Programme gegen Rechtsextremismus und ist überdies für Eltern sinnvoll, die Rat und Unterstützung benötigen.

Förderung

Dieses Projekt wird durch das Bundesprogramm „Xenos - Leben und Arbeiten in Vielfalt“ sowie das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW gefördert.

Kontakt

Xenos-Projekt des IDA-NRW, Birgit Rheims, Volmerswerther Straße 20, 40221 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55-5, birgit.rheims@ida-nrw.de, www.ida-nrw.de

Autorin

Birgit Rheims ist Diplom-Politologin und arbeitet seit Jahren zu den Themen Rechtsextremismus und Antisemitismus.

Demokratie live

Eine Initiative der Jugendgerichtshilfe und des Jugendschutzes Herne für Toleranz und politische Meinungsbildung

Holger Höhner-Mertmann & Willi Karasch

Ausgangssituation

Die politische Situation in Deutschland, die Entwicklung rechter Jugendkulturen sowie die Erfahrungen der Jugendgerichtshilfe und des Jugendschutzes in Herne haben es erforderlich gemacht, dass sich *Demokratie live* vorwiegend mit rechtsextremen Jugendlichen beschäftigt. Dies bedeutet nicht, dass im Bedarfsfall nicht auch andere Zielgruppen ins Auge gefasst werden.

Politisch „auffällige“ junge Menschen - insbesondere aus dem rechtsradikalen Lager - neigen dazu, in einer Art Subkultur ihre Freizeit zu verbringen. Sie umgeben sich mit Personen aus dem eigenen Gesinnungskreis, bestätigen sich gegenseitig in ihren Vorurteilen und Ansichten, richten ihre gesamte Freizeit auf diese Peergroup aus und schaffen sich so ihre eigene Realität. Die Gründe, sich solch einer Gruppe anzuschließen, sind vielfältig: Der Wunsch nach Zusammengehörigkeit (Kameradschaft), Vorurteile gegenüber Migrantinnen und Migranten bzw. schlechte Erfahrungen mit einzelnen Migrierten, vielleicht auch einfach nur zufällige Kontakte durch FreundInnen

und Bekannte. Hinzu kommt eine latente Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft, speziell auch unter den Erwachsenen, die zwar selten ihren praktischen Ausdruck in Straftaten findet, nichtsdestoweniger aber ebenso vorhanden ist wie bei den Jugendlichen. So sind die Sprüche und Stammtischparolen vieler Erwachsener häufig die Grundlage für die „radikale Umsetzung“ derselben durch die Jugendlichen. Außerdem ist nicht von der Hand zu weisen, dass es bei Teilen der Jugendlichen derzeit „in“ ist, sich rechts zu geben, zu kleiden oder rechte Musik zu hören.

Ein rechtsextremes Weltbild besteht im Wesentlichen aus fünf Elementen:

- Rassismus & Antisemitismus
- Autoritarismus (Führerprinzip)
- Nationalismus
- Militarismus / Gewalt
- Verharmlosung, Leugnung oder Rechtfertigung des Holocaust

Sind drei dieser Kriterien erfüllt, spricht man von einer geschlossenen rechtsextremen Ideologie.

Längst nicht jede/r, die/der durch rechtsradikale Aktivitäten auffällt, verfügt über ein solches geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Im Gegenteil. Meist handelt es sich um leicht beeinflussbare junge Menschen, die mitmachen, mitgrölen, mit-schmierern, provozieren wollen ... (was sie in der Gruppe oft nicht weniger gefährlich macht). Nur einige wenige, meist organisierte DrahtzieherInnen, sind wirklich weltanschaulich „durchgeformt“. Hier ist genaues Differenzieren geboten. Stellen wir Jugendliche wegen eines provokanten Hitlergrußes, einer rassistischen Äußerung o. ä. mit den wirklichen „Neonazis“ auf eine Stufe und behandeln sie dementsprechend, dann treiben wir sie in deren Arme, machen sie zu Märtyrern. Natürlich müssen die Straftaten konsequent geahndet werden, aber ebenso sollten wir die jungen Menschen ernst nehmen, mit ihnen diskutieren, ihnen Alternativen aufzeigen - sie beim Wort nehmen. Erhobene Zeigefinger wirken schon bei Kindern kaum, und der Schlachtruf „Nazis raus“ mag als Symbol oder Willensbekundung richtig sein, taugt aber bei diesen Jugendlichen als erzieherisches Mittel überhaupt nicht. Genau hier setzen die *Demokratie live - Kurse* an. Beim Blick über den Tellerrand ihrer Subkultur sollen junge Leute in die Lage versetzt werden zu erkennen, dass sie auch anderswo mit ihren Argumenten, Fragen und Ängsten ernst genommen werden – und nicht nur bei den RechtsextremistInnen; dass es einen Zusammenhalt auch im Positiven gibt und nicht nur im Negativen; dass Probleme vielschichtiger und komplizierter sind, als dass man sie durch ein paar Phrasen erklären könnte; vor allem aber, dass die Jugendlichen anderen Argumenten gegenüber wieder aufgeschlossen werden und ihren eigenen Kopf gebrauchen.

Das ist sehr schwer, aber nicht unmöglich, wie unsere Erfolge in der Vergangenheit beweisen. Vor allem geht dies nicht über Gehirnwaschen und Moralpredigten, sondern nur über Vertrauen und offene Diskussionen, durch die Mischung von Einzelgesprächen und Gruppenarbeit, persönliche Hilfen und gemeinsame Gruppenerlebnisse. Die letzte Entscheidung muss schließlich der/die Jugendliche selbst treffen.

Die Kooperation zwischen der Jugendgerichtshilfe als unabhängiger sozialarbeiterischer Instanz im Jugendstrafverfahren und dem Jugendschutz mit all seinen Möglichkeiten hat sich in der Vergangenheit als erfolgreich herausgestellt. So konnte und kann mit gefährdeten und bereits strafrechtlich in Erscheinung getretenen jungen Menschen zielgerichtet gearbeitet werden. Bislang haben jährlich ein bis zwei solcher Kurse mit insgesamt 71 Jugendlichen (Stand 2006) stattgefunden, von denen bisher nur weniger als ein Drittel wieder strafrechtlich in Erscheinung trat und Mehrere der rechtsradikalen Szene endgültig den Rücken gekehrt haben. Zum Vergleich: Die Rückfallquote bei jungen Leuten, die eine Haftstrafe verbüßen mussten, liegt durchschnittlich bei ca. 80 %.

Ziele des Konzepts

- Wecken eines demokratischen Grundverständnisses;
- Aufzeigen von Alternativen zum rechtsextremen Lager;
- Vermittlung von politischem Wissen und einer politischen Streitkultur.

Methodik / Didaktik

Wer wegen seiner Überzeugung, Meinung oder einer seiner/ihrer Ansicht nach gerechtfertigten Provokation bestraft wird, der/die fühlt sich ungerecht behandelt. Er/sie wird vielleicht aus Angst vor Sanktionen - zumindest vorübergehend - eine gewisse Zurückhaltung an den Tag legen, von der Falschheit der Tat überzeugt sein wird er/sie nicht. Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Polizei und Gericht geizen nicht mit gut gemeinten Moralpredigten und Strafen. Das gleiche erwarten die Jugendlichen auch von uns: eine „ideologische Gehirnwasche“. Wer sich nur ansatzweise gedanklich in die Situation der Betroffenen hinein versetzt, wird nachvollziehen können, wie wenig erfolgreich diese Methode ist.

Nach unserem pädagogischen Ansatz können daher für alle *Demokratie live - Kurse* nur die Wünsche, Ängste und das Interesse der TeilnehmerInnen selbst im Vordergrund stehen. Deshalb wird der Großteil der Inhalte von den jungen Leuten in den Vorgesprächen, die mit jedem/r TeilnehmerIn einzeln im Vorfeld geführt werden, selbst bestimmt. Eine ehrliche Diskussion kann nur erreicht werden, wenn Vertrauen herrscht. Ziel ist es, das Vertrauen der TeilnehmerInnen zu

gewinnen, mit ihnen gemeinsam Lernprozesse zu durchlaufen, eine demokratische Streitkultur zu vermitteln und zu erleben. *Gemeinsam lernen statt erziehen!*

Aber auch klare Rahmenbedingungen sind erforderlich. Deshalb gelten für die TeilnehmerInnen folgenden Regeln:

Regeln ...

zur Teilnahme an einem *Demokratie live - Kurs*

1. Jeder Teilnehmer/jede Teilnehmerin (TN) darf offen seine Meinung (auch extreme) sagen und seine Argumente vorbringen, sich beschweren, Kritik üben, seine/ihre Ängste äußern, über Ungerechtigkeiten klagen ... usw.
2. Jede/r TN muss sich nach den Regeln der Fairness und mit der entsprechenden Disziplin auch die Meinung der anderen anhören und akzeptieren, dass darüber in der Gruppe diskutiert wird.
3. Nichts, was in den Einzelgesprächen oder in der Gruppe diskutiert wird, wird gegen jemanden verwendet (z. B. vor Gericht). Es bleibt intern.
4. Vorschläge der TN, neue Ideen und Anregungen, sind ausdrücklich erwünscht.
5. Wer in der Gruppe andere bedroht, Gewalt ausübt, für gesetzes- und verfassungswidrige Organisationen wirbt (Propaganda), das entsprechende Material zu verstecken versucht oder durch massive Störungen die Gruppenarbeit behindert, *wird sofort ausgeschlossen*. Im Falle einer gerichtlichen Auflage wird dem Gericht mitgeteilt, dass der/die TN aus dem Kurs ausgeschlossen wurde. Bedrohungen im Nachhinein werden der Polizei gemeldet und zur Anzeige gebracht.
6. Nur bei einer *vollständigen und pünktlichen Teilnahme* kann eine Teilnahmebescheinigung erfolgen. In jedem anderen Fall muss das Gericht entscheiden, was zu geschehen hat.
7. Bei gemeinsamen Unternehmungen (z. B. Wochenendfahrten) ist den Anweisungen der TeamerInnen unbedingt Folge zu leisten, bzw. es muss sich peinlich genau an die Hausordnung gehalten werden. Für verursachte Schäden müssen die TN selbst bzw. deren Erziehungsberechtigte aufkommen. Bei untragbarem Verhalten sind die TeamerInnen berechtigt, den TN aus der Gruppe zu entfernen und ihn/sie (bei einer Gruppenfahrt) vorzeitig auf eigene Kosten nach Hause zu schicken. Alle Regeln werden von den TeamerInnen überwacht.
8. Es besteht ein grundsätzliches Alkoholverbot, d. h. auch das Erscheinen in alkoholisiertem Zustand ist ein Grund für den Ausschluss vom Kurs. Ausnahmen für über 16-jährige TN sind nur in Absprache mit und bei genauer Kontrolle

der TeamerInnen möglich. Ansonsten gilt das Verbot.

Diese Regeln müssen von den Teilnehmenden und den Erziehungsberechtigten unterschrieben werden.

Arbeitseinheiten

Die folgenden Arbeitseinheiten, die bisher entwickelt wurden, sind kein Dogma. Je nach den Wünschen und Vorschlägen der TeilnehmerInnen und nach Notwendigkeit werden sie immer wieder verändert oder erweitert.

1. Rudolf Heß
2. Demokratie und Grundrechte
3. Krieg und Religion
4. Rechts-Links
5. Gewalt
6. Von Gabber bis Black metal
7. Jugendkulturen und -bewegungen
8. 2. Weltkrieg
9. Jugend im NS-Staat
10. Adolf Hitler
11. Widerstand im NS-Staat
12. Frauen im NS-Staat
13. „Rassen“lehre
14. Propaganda im NS-Staat
15. Leni Riefenstahl
16. Hitlers Helfer – der Prozess in Nürnberg
17. Konzentrationslager
18. Die „wilden“ 70er Jahre
19. Die Nachkriegszeit
20. BRD – DDR – Wiedervereinigung
21. Migration
22. AussteigerInnen – Abschied vom braunen Mob
23. Rechtsextremismus im Internet
24. Menschenrechte

Alle Materialien sind in einer Datenbank auf dem Notebook des Jugendschutzes archiviert.

Erfahrungen

Nach den anfänglich bescheidenen Versuchen haben die *Demokratie live - Kurse* ein gewisses Profil erlangt, das mittlerweile sogar überregional Anerkennung findet. Zahllose Diskussionen unter ExpertInnen und MultiplikatorInnen bei Seminaren und Fachtagungen konnten bisher nichts daran ändern, dass offenbar immer noch eine gewisse Hemmschwelle besteht, mit der Zielgruppe selbst zu arbeiten. Viele der Jugendlichen suchen die inhaltliche Auseinandersetzung, wollen diskutieren und ernst genommen werden. Wir haben vor mehr als fünf Jahren mit dieser Auseinandersetzung angefangen. Wenn wir uns nicht der jungen Menschen annehmen, dann tun es andere, und zwar mit Sicherheit.

Die Inhalte der Kurse sind nicht starr, sie werden ständig durch die Praxis überprüft, korrigiert und können ergänzt werden. Gerade im Bereich der schulischen Bildung und der Jugendförderung /

des Jugendschutzes sind durchaus sinnvolle und weitere Initiativen möglich. Die Workshops und Kurse beispielsweise dürften nicht nur bei Straftätern sinnvoll sein, sondern sie könnten ohne große konzeptionelle Änderungen durchaus anderen jungen Menschen als attraktives Angebot im Rahmen der präventiven Arbeit präsentiert werden. Eine Ausweitung der Aktivitäten ist wünschenswert und macht Sinn.

Auswertung der *Demokratie live* - Kurse

Insgesamt nahmen 71 TeilnehmerInnen seit dem Jahr 2000 an den Kursen teil.

Folgende Aufteilung ergab sich:

- 6 freiwillige TeilnehmerInnen (aus Interesse, Freunde von anderen TeilnehmerInnen, usw.)
- 65 Kandidatinnen und Kandidaten im Rahmen von Strafverfahren (Aufteilung der Teilnehmenden im Rahmen von Strafverfahren in Altersgruppen zum Tatzeitpunkt)
 - Jugendliche (14-17 Jahre): 45
 - Heranwachsende (18-20 Jahre): 20

Im Detail ergibt das folgende Aufteilung:

- 14 Jahre: 3 TeilnehmerInnen
- 15 Jahre: 11 TeilnehmerInnen
- 16 Jahre: 11 TeilnehmerInnen
- 17 Jahre: 20 TeilnehmerInnen
- 18 Jahre: 10 TeilnehmerInnen
- 19 Jahre: 8 TeilnehmerInnen
- 20 Jahre: 2 TeilnehmerInnen

Durchschnittsalter: 16,8 Jahre

Aufteilung nach Geschlechtern:

- 55 männliche Teilnehmer
- 10 weibliche Teilnehmerinnen

Von den 65 TeilnehmerInnen im Rahmen von Strafverfahren führten zehn den Kurs *nicht* erfolgreich zu Ende, d. h. sie brachen den Kurs vorzeitig ab, hielten sich nicht an Regeln oder erschienen erst gar nicht.

Bei den 55 im Rahmen von Strafverfahren erfolgreichen TeilnehmerInnen handelt es sich um TäterInnen mit folgenden Delikten (Mehrfachdelikte möglich)

- 26 x Verstoß gegen § 86a (Darstellung verfassungswidriger Kennzeichen)
- 14 x Volksverhetzung
- 21 x Körperverletzung (rechtsradikaler Hintergrund)
- 10 x Beleidigung/Bedrohung/Nötigung (rechtsradikaler Hintergrund)
- 11 x Sachbeschädigung
- 4 x Raub/räuberischer Diebstahl
- 2 x Falschaussage
- 5 x Störung der Totenruhe

- 7 x Sonstige Delikte
- Rückfallquote nach Abschluss des Kurses (von den 55 erfolgreichen TeilnehmerInnen)
- 34 TeilnehmerInnen blieben straffrei
 - 21 TeilnehmerInnen wurden rückfällig, davon 6 einschlägig

Das entspricht einer Rückfallquote von:

- 38 % für alle Straftaten
 - 11 % für Taten mit politischem Hintergrund
- (Zum Vergleich: Die Rückfallquote der TäterInnen nach Verbüßung einer Haftstrafe liegt nach Aussagen verschiedener Fachkreise bei ca. 80%)

Weitere Angaben

Einige Kandidaten nahmen – soweit noch Platz vorhanden war – freiwillig weiter an den Kursen teil, obwohl ihr Strafverfahren längst beendet war. Ein Teilnehmer gestaltet die Seminare mittlerweile als Teamer mit (Honorarkraft), nachdem er trotz Bedrohungen aus der rechten Szene ausgestiegen ist.

Alle ehemaligen TeilnehmerInnen werden regelmäßig angeschrieben und erhalten die Möglichkeit, an weitergehenden Maßnahmen von *Demokratie live* teilzunehmen.

Demokratie live ist eine Initiative des Jugendschutzes und der Jugendgerichtshilfe Herne für Akzeptanz und politische Meinungsbildung.

„*Demokratie live on tour*“: Jugendförderung der Stadt Herne

Demokratie live (DL) *on Tour* wird ausschließlich von der Jugendförderung des Fachbereiches Kinder - Jugend - Familie der Stadt Herne durchgeführt. Hier besteht die primäre Zielgruppe aus freiwilligen TeilnehmerInnen im jugendlichen und heranwachsenden Alter. Diese Maßnahmen sind für die TeilnehmerInnen teilweise kostenpflichtig, wenngleich erschwinglich. Sie haben fast nur präventiven Charakter, da in der Regel unbelastete, nicht bereits einer rechtsextremen Gruppe zugehörige Jugendliche/Heranwachsende daran teilnehmen. Gleichwohl werden sie allen DL-KursteilnehmerInnen angeboten, wobei seit 2006 eine Tagestour für die KursteilnehmerInnen zur Pflichtveranstaltung gemacht wird. Die Werbung bei den KursteilnehmerInnen soll in Zukunft verstärkt werden.

Im Jahr 2006 haben folgende Maßnahmen stattgefunden:

Januar:

Besuch des ehemaligen Gestapo-Gefängnisses Steinwache in Dortmund

Februar:

Besuch des Bunkermuseums in Oberhausen

April:

Besuch des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg

September:

Besuch des Anne Frank-Hauses in Amsterdam

Oktober:

Berlinfahrt

November:

Besuch der ehemaligen SS-Schule Wewelsburg bei Paderborn

Monatlich wurde zusätzlich eine Info-Veranstaltung mit einer Arbeitseinheit der DL-Kurse in einem öffentlichen Raum angeboten.

Grundsätzliches

Zielgruppe zur Teilnahme an *Demokratie live*:

1. Jugendliche und heranwachsende StraftäterInnen im Alter von 14 – 20 Jahren, deren Straftaten in besonderem Widerspruch den Grundrechten (Artikel 1-19 GG) stehen. Insbesondere gilt das für Vergehen im Zusammenhang mit den §§ 86 a und 130 StGB.
2. Jugendliche und Heranwachsende, die zwar nicht eine Tat in diesem Zusammenhang begangen haben, die aber dennoch dieser Szene zuzurechnen sind.
3. Ehemalige TeilnehmerInnen an *Demokratie live* - Kursen, die freiwillig nochmals teilnehmen möchten.
4. Interessierte Jugendliche und Heranwachsende, die sich an den Kursen beteiligen wollen, soweit noch Plätze frei sind (Priorität haben aber die StraftäterInnen).
5. Es besteht weiterhin die Option, dass im Einzelfall nach Absprache mit dem zuständigen Sachbearbeiter der JGH Jugendliche/Heranwachsende teilnehmen, für die der jeweilige Kurs sinnvoll erscheint.

Bei allen teilnehmenden Jugendlichen ist ein zusätzliches Elterngespräch zwingend erforderlich. TeilnehmerInnen bzw. deren Erziehungsberechtigte müssen die Regeln akzeptieren und unterschreiben, ansonsten ist eine Teilnahme nicht möglich. Inhalte bestimmen die TeilnehmerInnen, die Rahmenbedingungen die SozialarbeiterInnen.

Ablauf eines *Demokratie live*-Kurses (ab 2006)

1. Erstgespräche mit den KursteilnehmerInnen (Einzel) und den Eltern jugendlicher KursteilnehmerInnen - mind. 14 Tage vor Kursbeginn.
2. Woche 1:
 - Beginn: Abendveranstaltung an einem Donnerstag (2,5 Stunden)
 - Wochenendseminar von Freitag, 17.00 bis Sonntag 15.00 Uhr
3. Woche 2:
Eine Freizeitpädagogische Maßnahme
4. Woche 3:
 - Abendveranstaltung am Freitag (2,5 Stunden)
 - Tagesworkshop am Samstag

5. Woche 4:

- Tagesfahrt von *Demokratie live on Tour* innerhalb der Woche.
(Teilnahmeverpflichtung von KursteilnehmerInnen)

6. Woche 5:

- Abendveranstaltung am Freitag (2,5 Stunden)
- Tagesworkshop am Samstag

Pro Jahr finden zwei Kurse statt. Einer im Frühjahr, einer im Herbst. Gesamtstundenzahl 57.

Kontakt

Willi Karasch, Tel: 0 23 23 / 16 35 02

willi.karasch@herne.de

Autoren

Holger Höhner-Mertmann ist Leiter eines Sozialraumteams für Kinder- und Jugendarbeit. Zuvor war er als Jugendpfleger der Stadt Herne u. a. mit den Schwerpunkten Jugendschutz und Demokratie live betraut.

Willi Karasch arbeitet ebenfalls als Leiter eines Sozialraumteams für Kinder- und Jugendarbeit (Herne-Sodingen). Er war bis Ende 2007 Leiter der Jugendgerichtshilfe mit dem Spezialgebiet Demokratie live.

Der Kommentar**Die Forderung nach Zivilcourage als Antwort auf rassistische Gewalt: Sinnvolle Strategie oder politisches Ablenkungsmanöver?**

Anne Broden

Es gibt unterschiedliche, aber sich immer wiederholende Reaktionsweisen auf rassistische Gewaltausbrüche in der Bundesrepublik Deutschland:

- In alarmistisch anmutender Manier wird die vermeintlich steigende Zahl rassistisch motivierter Gewalttaten, vorzugsweise von männlichen Jugendlichen aus Ostdeutschland, thematisiert und gleichzeitig darauf verwiesen, dass es auch in den alten Bundesländern rassistische Gewalttaten gebe, aber ganz so schlimm wie in Ostdeutschland ...
- Umgehend wird die NPD-Verbotsdebatte aktualisiert – als seien nicht alle Vor- und Nachteile hinlänglich bekannt, alle Verfahrensprobleme ausgeleuchtet.
- Auch die Bundesprogramme zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus geraten nach spektakulären Übergriffen und Anschlägen immer wie-

der ins Visier ihrer Gegner/innen und ihrer Anhänger/innen: Die einen problematisieren die angebliche Nutzlosigkeit der verschiedenen Programme, die anderen fordern unverzüglich eine Aufstockung der finanziellen Ausstattung.

- Wenn bei der Gewalttat Passantinnen und Passanten zugegen waren, wird umgehend die Forderung nach mehr Zivilcourage laut – vorzugsweise aus der Politik und von Seiten der Medien.

Dieser reflexhafte Ruf nach mehr Zivilcourage soll an dieser Stelle problematisiert werden.

Ohne Zweifel: eine zivilcouragierte Gesellschaft, also eine Gesellschaft, in der Menschen bereit sind, sich offenen Auges und sensibilisiert für Ungerechtigkeit und Gefahren mutig gegen diese einzusetzen, ist nicht hoch genug einzuschätzen. Gerade nach dem Nationalsozialismus wissen wir in der Bundesrepublik Deutschland nur allzu gut, wie wenig dieses zivilcouragierte Verhalten in Deutschland ausgeprägt war und im Sinne eines „Wehret den Anfängen“ ist der italienischen Journalistin Franca Magnani zuzustimmen: „Je mehr Bürger mit Zivilcourage ein Land hat, desto weniger Helden wird es einmal brauchen.“

Dieser Beitrag will nicht die Sinnhaftigkeit von Zivilcourage infrage stellen, vielmehr soll der reflexartige Ruf nach (mehr) zivilcouragiertem Handeln im Anschluss an rassistisch und rechts-extrem motivierte Übergriffe problematisiert werden.

Zivilcouragiertem Handeln liegen einige Bedingungen zugrunde, Bedingungen der Möglichkeit einzugreifen. Menschen, die zivilcouragiert handeln, verfügen grundsätzlich über die im Laufe ihres Lebens herausgebildete Disposition, auch in ggf. gefährlichen Situationen aktiv zu werden und sich für Andere einzusetzen. Diese Disposition auf der Seite der zivilcouragiert Handelnden beinhaltet u. a.,

- dass er/sie eine Gewalttat als ungerechtfertigten Akt eines erkennbaren Täters, einer klar identifizierbaren Tätergruppe gegenüber einem schützenswerten Opfer oder einer Opfergruppe wahrnimmt;
- dass er/sie sich emotional dem Opfer/den Opfern verbunden fühlt;
- dass er/sie sich verantwortlich fühlt einzugreifen;
- dass er/sie bereit ist, die eigene Sicherheit, die eigene Unversehrtheit, hinten an zu stellen, die eigene Unversehrtheit für die „gerechte Sache“ aufs Spiel zu setzen;
- dass er/sie über den entsprechenden Mut, zu handeln, verfügt;
- dass er/sie die notwendigen Kompetenzen zum Eingreifen (körperliche Verfasstheit, kogniti-

ves Erfassen der Situation, soziale Kompetenz ...) besitzt.

Diese Disposition bildet sich über die Jahre heraus, sie ist nicht von heute auf morgen zu erlernen, aus dem Stand heraus abrufbar. Wer also Zivilcourage einfordert, muss diese Disposition, diese Voraussetzungen, als gegeben ansehen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob Zivilcourage überhaupt von Dritten eingefordert werden kann.

„Der moralische Imperativ, zu helfen, wo immer Hilfe nötig ist, und notfalls auf die eigene Unversehrtheit zu pfeifen, wird von unserem Gewissen diktiert. Er kann nicht als Forderung Dritter an uns herangetragen werden. Vor allem dann nicht, wenn die Politik sich mit Kampagnen wie ‚Gesicht zeigen‘ begnügt, statt echte Prävention und harte Sanktionsmöglichkeiten durchzusetzen.“¹

Und schon gar nicht - so ist hinzuzufügen -, wenn Zivilcourage gegen die Mittelvergabe für Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus ausgespielt wird: „Selbst mit einer Verdopplung der Mittel für Präventionsprogramme gegen Rechts- und Linksextremismus wäre das Problem nicht gelöst, wenn die Bürger vor Ort nicht mehr Flagge zeigen“, so CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla kurz nach den Übergriffen in Mügeln.²

Es kann angenommen werden, dass nicht alle Passantinnen und Passanten, die den pogromhaften Ausschreitungen von Mügeln beiwohnten, die Situation aufgrund des schnellen Ablaufs - die Opfer wurden durch die Straßen gejagt - überhaupt adäquat erfasst haben. Es kann ihnen nicht automatisch unterstellt werden, dass sie nicht aktiv wurden, weil sie mit den Tätern sympathisierten. Dass niemand aktiv wurde, irritiert allerdings angesichts der Vielzahl von Menschen, die auf dem Volksfest zugegen waren, und muss als Hinweis darauf verstanden werden, dass es auch heute in dieser Republik nicht sonderlich gut um die Herausbildung von Zivilcourage bestellt ist und dass auch heute in der Bundesrepublik Deutschland Menschen aufgrund physiognomischer Merkmale (Mügeln) oder kultureller/religiöser Eigenschaften (Frankfurt/Main) des Lebens bedroht werden.

Auch über den Sympathiegrad der Passantinnen und Passanten mit den Tätern kann nichts gesagt werden, aber es muss davon ausgegangen werden, dass eine emotionale Nähe zu den Opfern kaum vorhanden war. Eine rassistisch strukturierte Gesellschaft, eine Dominanzkultur (Romelpacher 1995), wie sie in diesem Land vorherrscht, steht der Empathie mit Migrantinnen

¹ Evelyn Finger: Mut ist nur ein Wort, in: www.zeit.de/2007/35/01-Zivilcourage (12. September 2007)

² Ronald Pofalla in: www.cdu.de/archiv/2370_20610.htm (12. September 2007)

und Migranten oder mit anderen Minderheiten tendenziell eher entgegen.

Und selbst wenn in einer solchen Situation diese (kognitiv) richtig wahrgenommen wird und Empathie mit den Opfern vorhanden ist, so erscheint dennoch die Aufforderung von Außenstehenden, sich einer Gruppe von über 50 (!) gewalttätigen Menschen entgegenzustellen, als unangemessen. Dies bedürfte des Einsatzes zahlreicher, gut organisierter, miteinander vertrauter und erfahrener Menschen. Diese Menschen müssten sich in der Situation nicht nur finden, sie müssten eine Strategie entwickeln, Aufgaben verteilen, körperlich in der Lage sein, sich dazwischen zu werfen etc. Es wird deutlich, wie problematisch, ja zynisch anmutend der Aufruf zur Zivilcourage, zu zivilcouragiertem Handeln sein kann, wenn er von sich in Sicherheit befindlichen Dritten ergeht. Diese Aufforderung erweckt den Verdacht, dass es sich hier um ein Ablenkungsmanöver handelt, das von der eigenen Verantwortung und dem eigenen Nichtstun der zur Zivilcourage Aufrufenden ablenken soll. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder rief im Oktober 2000 angesichts der rassistischen Gewalt in Deutschland zum „Aufstand der Anständigen“ auf. Die Frankfurter Rundschau parierte diese Forderung nach Zivilcourage mit dem Hinweis auf die Erfordernis des notwendigen „Anstands der [politisch] Zuständigen“.

Fast zeitgleich zu den Gewalttaten in Mügeln jährten sich zum 15ten mal die pogromartigen Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen. Die Bilder, die mich damals so erschreckten, waren neben denen der Angreifer vor allem die Beifall klatschenden Zuschauenden. Der Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft, die rassistischen Beifallsbezeugungen der Zuschauenden, und aktuell die Verteidigung rassistischer Sprechchöre durch Mügelns Bürgermeister Deuse, der im Interview bekundete, „[s]olche Parolen können jedem mal über die Lippen kommen“³ – diese Realität ebnet denen den Weg, die nicht nur rassistisch denken, sondern auch keinerlei Hemmungen haben, ihr menschenverachtendes Gedankengut in die Tat umzusetzen. Ich will damit nicht sagen, dass die Beifall bezeugenden Zuschauenden von Rostock-Lichtenhagen und der Bürgermeister von Mügeln schlimmer sind als die Gewalttäter selbst, aber ich denke, dass diese Menschen ebenfalls Täter und Täterinnen sind, dass sie für ein gesellschaftliches Klima in der Bundesrepublik Deutschland mit verantwortlich sind, das es Rechtsextremen, Rassistinnen und Rassisten so leicht macht, gewalttätig gegenüber Migratinnen und Migranten, Schwarzen Deut-

schen, Obdachlosen, Schwulen oder Menschen mit einer Behinderung aufzutreten.

Das häufige Nicht-Aktiv-Werden der Zeuginnen und Zeugen ermutigt gewaltbereite Täter insofern, als dass sie davon ausgehen können, von Passantinnen und Passanten nichts befürchten zu müssen. Wenn nicht einmal die Polizei gerufen wird bzw. diese auch nicht (rechtzeitig) aktiv wird – und auch dies ist eine gängige Realität bei rassistischen Gewalttaten – so wird deutlich, wie wenig Gefahr für die Täter selbst besteht. Zufällige Passantinnen und Passanten werden als Zuschauergalerie wahrgenommen, ihre Präsenz steigert die Machtgefühle der Täter, die auf ihrer vermeintlichen Bühne, hier die Straße, agieren. Das Nicht-Aktiv-Werden der Passantinnen und Passanten und die Größe der eigenen Gruppe sind ein Sicherheitsgarant für Gewalttäter. Auf diesem Hintergrund erscheint jede Form des Widerspruchs, jede Form der Distanzierung gegenüber rassistischer Gewalt, sei es nun ein schrilles Pfeifkonzert, Buhrufe oder ähnliches, als ein notwendiger Akt der Distanzierung, auch wenn er in dem Moment keinen ausreichenden Schutz für Opfer darstellt. Aber die zufälligen Passantinnen und Passanten können sich immerhin der ihnen zugewiesenen Rolle als Zuschauende widersetzen.

Auch die Medienberichterstattung spielt rassistischen Gewalttätern unbeabsichtigt in die Hände. Aus dem Sommer 2000 haben wir vielleicht noch in Erinnerung, wie sog. Trittbrettfahrer aus der rechtsextremen Szene oder rassistisch motivierte Gewalttäter auch deswegen gegen Migrantinnen und Migranten oder Obdachlose vorgingen, weil ihnen eine Berichterstattung in den Medien sicher war. Es war und ist hip, rassistisch oder rechtsextremen zu sein, es gibt Anerkennung in der Clique, wenn von der rassistischen Gewalttat in den Medien berichtet wird. Damit will ich nicht sagen, dass in den Medien nicht über rassistische Gewalt berichtet werden soll, vielmehr möchte ich darauf hinweisen, dass hier ein Paradoxon der Mediengesellschaft deutlich wird: selbst eine kritische, Rassismus problematisierende Berichterstattung bietet rassistischen Gewalttätern eine Bühne der öffentlichen Darstellung ihrer Gesinnung und ihrer Taten. Sie unterstützt ungewollt die Zurschaustellung dieser Ideologie und der Gewalttaten und trägt dazu bei, dass den Tätern noch mehr Anerkennung in der Clique und oftmals auch im weiteren sozialen Umfeld gezollt wird. Das, was problematisiert werden soll, wird zugleich reproduziert – ein altes Dilemma auch der rassistuskritischen Pädagogik. Dem gegenüber wird das Engagement etwa für Asylsuchende, für ein friedliches Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft im gesellschaftlichen, auch im medialen Diskurs oftmals als naives multikulturelles „Gedöns“ abgetan, die Engagierten in ihrer Blauäugigkeit gar

³ Mügelns Bürgermeister Deuse im Gespräch nach den Überfall, zitiert nach: www.netzeitung.de/deutschland/718270.html (12. September 2007)

noch verantwortlich gescholten, wenn es zu (gewalttätigen) Konflikten kommt.

Wenn hier die Forderung nach Zivilcourage problematisiert wird, dann nicht, weil ein entsprechendes mutiges Handeln an sich in Abrede gestellt, als sinnlose Intervention thematisiert werden soll. Ich glaube allerdings, dass dieses Engagement für die wenigsten Passantinnen und Passanten, die mehr oder weniger zufällig Zeugin und Zeuge solcher Ereignisse werden, wirklich die adäquate Reaktionsweise ist. Ich weiß nicht, wie ein zivilcouragiertes Eingreifen bei 50 gewalttätigen Menschen aussehen könnte und denke, dass der Anruf bei der Polizei das probate Mittel in einer solchen Situation ist – auch wenn es aktuell in den Medien und in der Politik als unzureichend dargestellt wird.

Ich wäre froh, wenn es in diesem Land mehr Widerspruch, mehr zivilcouragiertes Handeln gegen rassistische Stammtischparolen, rassistische Medienberichterstattung, gegen eine latent rassistische Gesetzgebung, ein an ethnischen und nationalen (und vor allem auch sozialen) Differenzlinien markiertes Schulsystem gebe. Wenn in diesen Fällen, die weit weniger Zivilcourage erfordern als das Eingreifen bei einer Gewalttat, Rassismus deutlich geächtet würde, dann, so meine These, müssten wir weniger rassistisch motivierte Gewalttaten beklagen. Ein breiter gesellschaftlicher Konsens der Ablehnung des individuellen und strukturellen Rassismus wäre ein deutliches Signal an gewaltbereite Menschen, dass ihre Äußerungen und Taten nicht akzeptiert werden.

Wo Strukturen (und Menschen, die hinter diesen Strukturen stehen) versagen, werden Helden gebraucht. Die Forderung nach mehr Zivilcourage seitens der Politik und der Medien übersieht, dass das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und dass politisches Handeln so gestaltet sein sollten, dass zivilcouragiertes Handeln erst gar nicht vonnöten ist. Als „gesellschaftliches Prinzip (...) taugt Zivilcourage sicherlich nicht. Zivilcouragiertes Handeln kann in momentanen Situationen und punktuell gegen schlechte Strukturen das individuelle Aufbegehren setzen, nicht aber dauerhaft die Strukturen verändern. Zivilcourage ist ein schwaches Mittel des Individuums, nicht aber das gesellschaftliche Ziel.“ (Bundschuh 2007, 10)

Darüber hinaus ist Zivilcourage keine Technik, die man wie eine Sportart erlernen kann, sondern ein längerer Prozess der Charakterbildung und psychosozial voraussetzungsvoll (vgl. Heuer 2002). Zivilcourage ist ein Habitus, der im Laufe des Lebens herausgebildet wird. Zivilcourage ist erlernbar, aber kein Lernstoff, er beruht auf alltagsweltlichen Erfahrungen der Solidarität, der Empathie mit möglichen oder realen Opfern und einem Bewusstsein für Unrecht bzw. Gerechtig-

keit. Zivilcourage geht nicht mit Moralpredigten einher.

Bertolt Brecht hat mein Unbehagen bezüglich der aktuellen und immer wiederkehrenden, reflexhaften Forderung nach mehr Zivilcourage folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „Ich sage Ihnen, ich habe es satt, tugendhaft zu sein, weil nichts klappt, entsagungsvoll, weil ein unnötiger Mangel herrscht, fleißig wie eine Biene, weil es an Organisation fehlt, tapfer, weil mein Regime mich in Kriege verwickelt. Kalle, Mensch, Freund, ich habe alle Tugenden satt und weigere mich, ein Held zu werden.“ (Brecht 1980, 1497)

Literatur

- Brecht, Bertolt (1980): Flüchtlingsgespräche, in: ders.: Prosa, Bd. 4, Frankfurt a. M., 1381 - 1515
 Bundschuh, Stephan (2007): Zivilcouragetraining (unveröffentlichtes Manuskript)
 Heuer, Wolfgang (2002) Was treibt die Tapferen? In: Psychologie Heute, Heft 10, 48 - 53
 Münz, Rainer (2003): Migration: Europa im 20. Jahrhundert, in: Brockhaus multimedia 2003, Stichwort Migration
 Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht, Berlin

Autorin

Anne Broden ist Projektleiterin des IDA-NRW.

Nachrichten

* Ein Jahr im Ausland für Jugendliche aus Migranten- und Aussiedlerfamilien

Die Robert Bosch Stiftung fördert das Schülerprogramm des AFS Interkulturelle Begegnungen e. V. für Jugendliche aus Migrantenfamilien in Deutschland mit Stipendien. Ziel dieses Programms ist die Einbindung von Jugendlichen aus Migrantenfamilien in die interkulturelle Idee des internationalen Schüleraustauschs, um damit auch die Integration dieser Jugendlichen in die deutsche Gesellschaft zu fördern, so die Robert Bosch Stiftung in ihrer Ausschreibung.

Infos zu Bewerbungsvoraussetzungen und Bewerbungsschluss unter www.afs.de. Unter www.afs.de/stipendien kann das Bewerbungsformular herunter geladen werden.

* Hin & Weg – Theaterstück für Zivilcourage und gegen rechte Gewalt

Premiere: 2. September 2007, 19.30 Uhr in Witten und danach tourneebereit für andere Städte
 Infos: Theaterspiel, Annenstraße 3, 58453 Witten, Tel/Fax: 0 23 02 / 88 84 46, info@theater-spiel.de
www.theater-spiel.de

* **Stellungnahme zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)**

In einer gemeinsamen Presseerklärung nehmen die im Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) organisierten unabhängigen Antidiskriminierungsbüros/-stellen, Selbstorganisationen und wissenschaftliche Einrichtungen anlässlich des einjährigen Bestehens Stellung zum allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Obgleich die Einrichtungen grundsätzlich das AGG begrüßen, kritisieren sie, dass das AGG nicht angemessen ausgestaltet sei und an vielen Stellen hinter den Anforderungen der EU-Richtlinien zurückbleibe. Weiterhin enthalte es für von Diskriminierung Betroffene zahlreiche rechtliche und praktische Hürden.

Infos: Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd), Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin
info@antidiskriminierungsverband.org
www.antidiskriminierung.org

* **Asyl in Deutschland - Ein Leitfaden für die Einreise**

Innerhalb eines Projektseminars haben fünf StudentInnen der Alice-Salomon Fachhochschule (ASFH) einen Leitfaden „Asyl in Deutschland. Ein Leitfaden für die Einreise“ entwickelt, der Flüchtlinge bereits in ihrem Herkunftsland über das Asylverfahren in Deutschland informieren soll. Der Leitfaden wurde vom Gemeindedolmetscherdienst in neun Sprachen übersetzt. Er ist als PDF-Datei online abrufbar.

Infos: infoasyl@gmail.com , www.infoasyl.de.vu/

* **Vielfalt tut gut!**

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) informiert auf einer neuen Website über das neue Bundesprogramm „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“. Auf der Website befinden sich u. a. Antragsunterlagen und Informationen über geförderte Lokale Aktionspläne und Modellprojekte, aktuelle Veranstaltungen sowie die Coachingverfahren.

Infos: www.vielfalt-tut-gut.de

* **Jugendwettbewerb NRW „demokratie leben - Courage zeigen für Demokratie“**

Die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen veranstaltet im Schuljahr 2007 / 2008 den Jugendwettbewerb NRW „demokratie leben unter dem Motto „Courage zeigen für Demokratie“. Der Wettbewerb will den Blick schärfen für die Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen in dieser Gesellschaft. Er bringt das Thema in die Schulen und Jugendgruppen. Damit schafft er Anreize für die Jugendlichen, sich gemeinsam mit den Themen Demokratie und Toleranz zu beschäftigen und eigene Ideen hierzu zu entwickeln.

Junge Menschen aus ganz Nordrhein-Westfalen sind eingeladen, sich am Wettbewerb zu beteiligen. Lehrerinnen und Lehrer, Leiterinnen und Leiter von Jugendgruppen werden aufgefordert, die Jugendlichen zu unterstützen und in ihrem demokratischen Engagement zu bestärken.

Infos: Einen Leitfaden zur Teilnahme gibt es unter www.jugendwettbewerb.nrw.de oder unter Tel: 02 11 / 7 22 07 21

* **UNHCR-Kritik an Deutscher Asylpolitik**

Das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) kritisiert die Praxis deutscher Behörden, anerkannten Flüchtlingen und Personen, die aus menschenrechtlichen Gründen vor Abschiebung geschützt werden, keine freie Wahl des Wohnsitzes zu ermöglichen, wenn sie öffentliche Sozialleistungen beziehen. Diese Maßnahme sei „unvereinbar mit dem Völker- und Europarecht“. In einer Stellungnahme betont das UNHCR, entsprechende Auflagen für die Betroffenen würden gegen die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) sowie andere Menschenrechtsverträge wie die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und gegen EU-Recht verstoßen. Hintergrund der Stellungnahme ist die in vielen Bundesländern gängige Praxis, anerkannten Flüchtlingen und subsidiär geschützten Personen einen Wohnsitz nur in dem jeweiligen Bundesland, dem Bezirk oder dem Landkreis zu ermöglichen, in denen die Aufenthaltserlaubnis ausgestellt wurde. Selbst eine entsprechende Beschränkung auf einzelne Gemeinden hat es mancherorts schon gegeben.

Infos: UNHCR-Regionalvertretung für Deutschland, Österreich und die Tschechische Republik Wallstraße 9-13, 10179 Berlin, Tel: 0 30 / 20 22 02-0, gfrbe@unhcr.org
www.unhcr.de/aktuell/einzelansicht/article/31/unhcr-fordert-freie-wahl-des-wohnsitzes-fuer-fluechtlinge.html

* **Partizipation statt Ausgrenzung**

Der DGB, der Interkulturelle Rat, die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD), Pro Asyl und der Verband Binationaler Familien und Partnerschaften e. V. (iaf) haben gemeinsam einen Flyer unter dem Motto „Integration heißt: Partizipation statt Ausgrenzung“ herausgegeben. Darin beziehen die Herausgeber Stellung zu Fragen der Migrationspolitik und dem Zuwanderungsgesetz. Neben einer Analyse und Kritik der geplanten Verschärfungen des Zuwanderungsgesetzes werden die integrationspolitischen Vorstellungen der beteiligten Verbände formuliert.

Infos: <http://www.interkultureller-rat.de/Themen/Stellungnahmen/%C4nderungsgesetz-DGB-PA-IR-tgd-iaf.pdf>

* Rechtsextreme Szenen in den 16 Bundesländern

Auf der Homepage von Mut gegen rechte Gewalt, die vom Magazin Stern und der Amadeu Antonio-Stiftung verantwortet wird, wurde eine Serie von Artikeln zu „Rechtsextremismus in Deutschland – eine Momentaufnahme“ veröffentlicht. In Form von Interviews mit Personen, die aus der Antirechtsextremismusarbeit kommen, werden Einblicke in die rechtsextremen Szenen vor Ort und ein Überblick über die jeweilige Entwicklung der rechtsextremen Szenen in den 16 verschiedenen Bundesländern gegeben.

Infos: www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

* Rucksack- & Griffbereit-Programme online

„Rucksack“ und „Griffbereit“ sind Programme der Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) in NRW zur Förderung der frühkindlichen Bildung von Kindern mit Migrationshintergrund. Im Jahr 2006 wurden in der gesamten Bundesrepublik 3755 Mütter und deren Kinder durch die Programme erreicht. Insgesamt haben sich 300 Kindertageseinrichtungen an den Programmen beteiligt. Ziele von „Rucksack“ und „Griffbereit“ sind die Förderung der deutschen Sprache, die Stärkung der allgemeinen Entwicklung und der Sprachkompetenz in der Muttersprache sowie die Integration von Eltern und Kindern in Gesellschaft und Institutionen der frühkindlichen Bildung. Nun sind die Programme ins Internet gestellt worden und können von online registrierten NutzerInnen heruntergeladen werden. Die Internet-Seite ermöglicht jederzeit Zugang zu den Fördermaterialien, einen Austausch unter allen Nutzern und einen schnellen Kontakt mit der Hauptstelle der RAA.

Infos: Hauptstelle RAA NRW, Tiegelstraße 27, 45141 Essen, Tel: 02 01 / 83 28-3 04
springer-geldmacher.hauptstelle@raa.de,
www.rucksack-griffbereit.raa.de

Termine

⊕ Medien und Rechtsextremismus

Seminar der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Lzpb), des Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen und der Journalistenschule Ruhr für Redakteurinnen und Redakteure (ab 18 Jahre!) von Schülerzeitungen, Jugendpresse, Bürgerfunk etc. und Volontärinnen und Volontäre

Termin: 11. - 13. Oktober 2007

Ort: Wuppertal und Düsseldorf

Infos: Lzpb, Herbert Cormann, Tel: 02 11 / 86 18 46 22 , herbert.cormann@mgffi.nrw.de

⊕ Respect - Transkulturelle Pädagogik

Antirassistische und transkulturelle Impulse für die Bildungsarbeit

Termin: 12. - 14. Oktober 2007

Ort: Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille, Mitteldorf 1, 32469 Petershagen

Kosten: 120,- €

Leitung: RESPECT Bremen, Bremer JungenBüro

Infos: www.hvhs-frille.de

⊕ Chancengerechtigkeit für die Junge Generation: Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Termin: 15./16. Oktober 2007

Ort: Berlin

Infos: Deutsches Kinderhilfswerk, Leipziger Str. 116-118, 10117 Berlin, Tel: 0 30 / 30 86 93 21

kamp@dkhw.de , www.kinderpolitik.de

⊕ Antidiskriminierungsarbeit – aktueller Stand, Perspektiven und methodische Ansätze

Fachtagung

Termin: 15./16. Oktober 2007

Ort: Berlin

Infos: Europäische Jugendkampagne für Vielfalt, Menschenrechte und Partizipation, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel: 0 30 / 40 04 04-31

info@jugendkampagne.de

www.jugendkampagne.de

⊕ Bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus

Termin: 19. - 21. Oktober 2007

Ort: Ev. Akademie Arnoldshain

Infos: Evangelische Akademie Arnoldshain, Martin-Niemöller-Haus, Im Eichwaldsfeld 3, 61389 Schmittchen, Tel: 0 60 84 / 95 98-1 32

theil@evangelische-akademie.de

www.evangelische-akademie.de

⊕ Familienbilder, Geschlechterrollen und Erziehungsvorstellungen im Islam. Gemeinsamkeiten und Unterschiede unter den in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslimen

Seminar der Stätte der Begegnung e. V. und des Arbeitskreises Entwicklungspolitik e. V.

Termin: 22./23. Oktober 2007

Ort: Jugendhof Vlotho, Vlotho

Infos: Gerhart Schöll, Tel: 0 57 33 / 9 23-3 24

gerhart.schoell@lwl.org , www.jugendhofvlotho.de

⊕ „train the trainer“ Ausbildung zum Thema Antisemitismus

Termin: 24. - 26. Oktober 2007

Ort: Berlin

Infos: Anne Frank Zentrum - Interkulturelle Entwicklung, Axel Bremermann, Rosenthaler Str. 39, 10178 Berlin, Tel: 0 30 / 2 88 86 56-32

bremermann@annefrank.de , www.annefrank.de

⊕ **„Nicht erst wenn's knallt“. Aktiv gegen Rechts in den Kommunen**

Fachtagung des Arbeitskreises der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (AK Ruhr)

Termin: 24. - 26. Oktober 2007

Ort: Monschau

Infos: Jugendamt der Stadt Dortmund – AK Ruhr, Stefan Woßmann, Geschwister-Scholl-Straße 33-37, 44122 Dortmund, Tel: 02 31 / 5 02 99 42
swossmann@stadtdo.de, www.ak-ruhr.de

⊕ **Interkulturelle Kompetenz als Schlüsselqualifikation in der sozialen Arbeit**

Termin: 25. - 26. Oktober 2007

Ort: Frankfurt a. M.

Infos: Paritätisches Bildungswerk, Bundesverband e. V., Heinrich-Hoffmann-Straße 3, 60528 Frankfurt a. M., Tel: 0 69 / 67 06-2 20
Karin.Stellmacher@paritaet.org
www.bildungswerk.paritaet.org

⊕ **Schlüsselkompetenz Sprache - Literacy-Erziehung von Anfang an**

Termin: 29. - 30. Oktober 2007

Ort: Frankfurt a. M.

Infos: Paritätisches Bildungswerk, Bundesverband e. V., Heinrich-Hoffmann-Straße 3, 60528 Frankfurt a. M., Tel: 0 69 / 67 06-2 20
Karin.Stellmacher@paritaet.org
www.bildungswerk.paritaet.org

⊕ **Politische Bildung in einer Migrationsgesellschaft**

Termin: 29. - 30. Oktober 2007

Ort: Vlotho

Infos: Jugendhof Vlotho, Oeynhausener Str. 1, 32 602 Vlotho, Tel: 0 57 33 / 92 30
service@jugendhofvlotho.de
www.jugendhofvlotho.de

⊕ **Interkulturelle Kompetenz und Sprachförderung in Kindertagesstätten**

Berufsbegleitender Zertifikatskurs

Termin: November 2007 – September 2008

Ort: Jugendhof Vlotho, Vlotho

Infos: Gerhart Schöll, Tel: 0 57 33 / 9 23-3 24

gerhart.schoell@lwl.org, www.jugendhofvlotho.de

⊕ **Ali Jalaly Ensemble: Die Welle**

Ein Theaterstück von Rheinhold Tritt nach dem Experiment von Ron Jones.

Premiere: 21. November 2007

Ort: Theater Tiefrot, Dagobertstraße 32, 50677 Köln

Infos: www.alijalaly-ensemble.de

⊕ **Jugend in Nordrhein-Westfalen: für Demokratie - gegen Rechtsextremismus**

Jugendkongress der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Lzpb)

Termin: 26. November 2007, 10.00 - 16.30 Uhr

Ort: VHS Düsseldorf

Infos: Lzpb, Herbert Cormann, Tel: 02 11 / 86 18 46 22, herbert.cormann@mgffi.nrw.de

⊕ **Keine gute Miene zum bösen Spiel: Rechtsextreme Gewalt in Schule und Jugendarbeit**

Fachtagung Rechtsextremismus von IDA-NRW, LJR & AJS (siehe auch beiliegende Ausschreibung in dieser Ausgabe des Überblick)

Termin: 10. Dezember 2007, 13.00 – 18.00 Uhr

Ort: Dortmund

ReferentInnen: Gabi Elverich, Prof Dr. Benno Hafenegger

Infos: IDA-NRW, Anne Broden, Tel: 02 11 / 15 92 55-5, Info@ida-nrw.de

Literatur und Materialien

... zum Thema Rechtsextremismus

📖 AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS (Hg.): Medien und „Denkfabriken“ des Rechtsextremismus (Rundbrief 1-2/2007), Berlin 2007

📖 Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen Ost gGmbH, Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) (Hg.): Beratungskonzept. Beratung für Eltern und Bezugspersonen von Jugendlichen in der rechtsextremen Szene (Wege aus der rechten Szene, Bd. 3), Braunschweig 2006

📖 Braun, Stephan/Vogt, Ute (Hg.): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2007

📖 Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e. V. (BAG OKJE) (Hg.): Offene Jugendarbeit. Zeitschrift für Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Themenheft „Rechte Jugendliche und offene Jugendarbeit“ (2/2007), Stuttgart 2007

📖 Fichter, Michael/Gester, Jochen/Kreis, Joachim u. a.: Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Anregungen für die Bildungsarbeit und die politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften (einsprüche, Bd. 19), Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 2007

📖 Franke, Angelika/Koch, Reinhard/Lobermeier, Ola (Hg.): Theoretische Analysen. Rechtsextremismus zwischen Theorie und Praxis: Theoretische

sche Erklärungsmodelle und Ausstiegsanalysen (Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen Ost gGmbH, Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) (Hg.): Wege aus der rechten Szene, Bd. 4), Braunschweig 2006

☞ Lynen von Berg, Heinz/Palloks, Kerstin/Steil, Armin: Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus (Konflikt- und Gewaltforschung), Weinheim/München: Juventa Verlag, 2007

☞ Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)/Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK) (Hg.): Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismusprävention und -intervention bei Jugendlichen. Hintergrundwissen und Empfehlungen für Jugendarbeit, Kommunalpolitik und Verwaltung, Berlin 2006

☞ Veiel, Andres: Der Kick. Ein Lehrstück über Gewalt, München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2007

☞ Wetzels, Annkathrin: Krisenkinder. Radikale Jugendliche, ratlose Eltern (Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen Ost gGmbH, Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) (Hg.): Wege aus der rechten Szene, Bd. 5), (DVD), Braunschweig o. J.

... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Antirassismus

☞ Ahlheim, Klaus (Hg.): Die Gewalt des Vorurteils. Eine Textsammlung (Reihe Politik und Bildung, Bd. 44), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau Verlag, 2007

☞ Anne Frank Zentrum Berlin (Hg.): Mehrheit, Macht, Geschichte. Sieben Biografien zwischen Verfolgung, Diskriminierung und Selbstbehauptung. Das Lesebuch, Mülheim a. d. Ruhr: Verlag an der Ruhr, 2007

☞ Anne Frank Zentrum Berlin (Hg.): Mehrheit, Macht, Geschichte. Sieben Biografien zwischen Verfolgung, Diskriminierung und Selbstbehauptung. Interkulturelles Geschichtslernen: Interviews, Übungen, Projektideen, Mülheim a. d. Ruhr: Verlag an der Ruhr, 2007 (+ DVD)

☞ Bertelsmann Stiftung/TNS Emnid Medien- und Sozialforschung GmbH (Hg.): Deutsche und Juden – Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart? Eine Studie der Bertelsmann Stiftung zum Deutschland-Bild unter Juden in Israel und den USA und zum Israel-Bild in Deutschland,

Gütersloh/Berlin 2007

☞ Bildungsteam Berlin-Brandenburg e. V./Tacheles reden! e. V. (Hg.): Woher kommt Judenhass? Was kann man dagegen tun? Ein Bildungsprogramm. Materialien, Methoden und Konzepte, Mülheim a. d. Ruhr: Verlag an der Ruhr, 2007 (+ CD-ROM)

☞ Bundeszentrale für Politische Bildung (BpB) (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Themenheft: „Antisemitismus“ (31/2007), Bonn 2007

☞ Gaibrois, Claudine/Gerber, Brigitta/Häseli, Helene: Rassismus erkennen, Rassismus benennen. Ein Argumentationstraining für Eltern und Erziehende, Zürich: Atlantis pro juventute, 2007

... zum Thema Zuwanderung und Migration

☞ Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS) (Hg.): Migration und Soziale Arbeit. Themenheft „Integration auf dem Prüfstand“ (29. Jg., Heft 2/2007), Weinheim: Juventa Verlag, 2007

☞ Frech, Siegfried/Meier-Braun, Karl-Heinz (Hg.): Die offene Gesellschaft. Zuwanderung und Integration (Basisthemen Politik), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau Verlag, 2007

☞ Geisen, Thomas/Riegel, Christine (Hg.): Jugend, Zugehörigkeit und Migration. Subjektpositionierung im Kontext von Jugendkultur, Ethnizitäts- und Geschlechterkonstruktionen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2007

☞ Seukwa, Louis Henri: Der Habitus der Überlebenskunst. Zum Verhältnis von Kompetenz und Migration im Spiegel von Flüchtlingsbiographien (Bildung in Umbruchgesellschaften, Bd. 5), Münster/New York/München/Berlin: Waxmann Verlag, 2006

... zu den Themen interkulturelles Lernen und interkulturelle Gesellschaft

☞ Brizić, Katharina: Das geheime Leben der Sprachen. Gesprochene und verschwiegene Sprachen und ihr Einfluss auf den Spracherwerb in der Migration (Internationale Hochschulschriften, Bd. 465), Münster/New York/München/Berlin: Waxmann Verlag, 2007

☞ Friedrich Ebert Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (Hg.): Schule in der Einwande-

